

Im Schattenreich

Integration Das Referendum in der Türkei verdunkelt das Leben der Migranten hierzulande. Es schürt Aggressionen unter ihnen und lässt sie den Deutschen fremder werden.



Türkischer Außenminister Çavuşoğlu bei seiner Rede am Dienstag in Hamburg



BRAHIM OT / ACTION PRESS

Der Mann mit dem langen schwarzen Vollbart bleibt stehen und dreht sich abrupt um. „Was hast du gesagt?“, brüllt er auf Türkisch über die Köpfe der Hamburger Polizisten hinweg. Sein Widersacher auf der anderen Seite des Absperrgitters beugt sich weit über das Metallgeländer und schreit noch einmal: „Du Hund.“ Hinter ihm skandieren Mitstreiter „Mörder Erdoğan! Mörder Erdoğan!“ Sie halten Plakate in die Höhe, auf denen „Hayır“ steht – „Nein“ zur Verfassungsänderung in der Türkei.

Die liberale Alevitische Gemeinde und andere Organisationen haben zum Protest gegen den Auftritt des türkischen Außenministers Mevlüt Çavuşoğlu an der Außenalster aufgerufen. Am späten Dienstagnachmittag haben sich Dutzende versammelt, die die Unterstützer des türkischen Präsidenten ausbuhnen.

Der Bärtige ist sichtlich aufgebracht „Der Hund bist doch du!“, brüllt er in Richtung der Demonstranten. Und dann: „Bist du Christ oder was?!“ Sein wutverzerrtes Gesicht sieht aus, als hätte er gerade einen Kraftausdruck ausgespuckt, der tief unter die Gürtellinie zielt.

Später wird er auf Nachfrage sagen, er habe gar nichts gegen Christen. Aber sie seien schwach, ohne echten Glauben. Sinngemäß sagt er, sie seien lächerlich. „Deutschland geht vor die Hunde. In so einem Land sollen meine Kinder aufwachsen? Der Islamhass ist doch kaum noch zu ertragen.“ Er ist hier geboren, redet viel, in akzentfreiem Deutsch, und drückt sich gut aus. „Jaaa“, sagt er. „Wir sind nicht dumm. Wir verstehen alles, was hier läuft. Auch die deutsche Scheinheiligkeit. Deshalb werden wir bald in die Türkei auswandern.“

Er steht neben einem weißen Metallzaun am Eingang zur Residenz des türkischen Generalkonsuls. Menschen mit roten Flaggen strömen in den Vorgarten des eleganten Gebäudes an der Alster, manche haben sich in die Flaggen eingehüllt oder sie um den Kopf gewickelt. Im Haus nebenan blickt ein Nachbar aus dem erleuchteten Fenster. Es ist ein befremdliches Spektakel, das sich den Bewohnern des Stadtteils Uhlenhorst bietet. Zu ihrer rechten Seite die „Erdoğaaan! Diktatööör!“-Rufe der Demonstranten, zu ihrer linken 300 Deutschtürken, die im Chor „Allahu akbar“, „Gott ist groß“, skandieren.

Die Hamburger werden an diesem Abend Zeugen, wie der türkische Wahlkampf um das Verfassungsreferendum seinem vorläufigen Höhepunkt entgegensteuert. Präsident Recep Tayyip Erdoğan will seine Machtfülle sichern und als Staatschef auch die Regierungsgeschäfte übernehmen. Aber sein Sieg ist keineswegs sicher. Erdoğan wirbt mit großem Einsatz um die Stimmen der Auslandstürken und macht

so den Konflikt um die Zukunft der Türkei auch zu einem deutschen Konflikt. Einem Konflikt, der bedrohlich wird und Gräben in der deutschen Gesellschaft vertieft.

Einerseits ist die türkische Community so gespalten wie selten in ihrer mehr als 50 Jahre alten Gastarbeitergeschichte, vielleicht wie noch nie. Andererseits fremdelt die deutsche Mehrheitsgesellschaft mit ihrer zweitgrößten Migrantengruppe. Wie kann es sein, dass so viele junge Menschen, die hier aufgewachsen sind, einen Mann verehren, der die demokratischen Werte aushöhlen will, auf welche die Deutschen stolz sind? Und umgekehrt fragen sich viele Menschen mit türkischen Wurzeln, warum die Deutschen sie noch immer als muslimische Fremdkörper sehen, selbst wenn sie welttoffen, erfolgreich und perfekt integriert sind. Warum wird so selten hervorgehoben, was diese Gruppe leistet?

Der Konflikt fordert auch die Kanzlerin heraus. Viele Deutsche sind empört über Erdoğan's Provokationen und wollen, dass Angela Merkel sich ihm entschiedener entgegenstellt. Die Bürger sind unzufrieden, weil sie das Gefühl haben, die Kanzlerin sei wegen des Flüchtlingsdeals erpressbar und müsse deshalb Erdoğan's Zumutungen ertragen.

Für das innerdeutsche Klima ist das alles Gift. Rund drei Millionen türkischstämmige Menschen gehören zu diesem Land. Haben sie Probleme, hat zwangsläufig auch Deutschland Probleme. Jedes politische Erdbeben am Bosphorus schickt seine Wellen nach Berlin, Köln oder Stuttgart. Versucht das türkische Militär gegen die Regierung zu putschen, sitzen auch in Deutschland nachts Zehntausende vor dem Fernseher, starren auf die Panzer und bangen um die Zukunft der Türkei.

Wenn Erdoğan Autoren, Juristen, Lehrer und Wissenschaftler verhaften lässt, sorgen sich deren Verwandte in Deutschland. Und wenn der deutsche Journalist Deniz Yücel, der auch einen türkischen Pass besitzt, als vermeintlicher Terrorunterstützer im Gefängnis sitzt, fahren seine deutschen und türkischen Unterstützer im Autokorso durch die Städte. Was ist deutsch, was türkisch? Beides ist untrennbar miteinander verbunden.

Als sich ein Journalist der „Zeit“ bei der Wahlkampfveranstaltung Çavuşoğlu mit einem „Free Deniz“-Schild unter die Türken mischt, hauen Erdoğan-Anhänger mit Fahnen auf ihn ein und schlagen ihm die Brille aus dem Gesicht.

Die Töne, vor allem an den radikalen Rändern der Gruppierungen, werden schriller. So aggressiv, dass

mittlerweile die deutschen Sicherheitsbehörden fürchten, die Konflikte könnten auch in der Bundesrepublik gewalttätig ausgetragen werden. „Die Bruchlinien zwischen den verschiedenen Lagern in der Türkei bilden sich spiegelbildlich in Deutschland ab“, sagt Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen. Es gibt ein Deutschland, das stark von Erdoğan geprägt ist.

Yahya Kılıçaslan, 32, ist mit einem weißen Porsche-Geländewagen zum Interview in ein Café in der Esslinger Altstadt gekommen. „Erdoğan bleibt in meinen Augen ein erfolgreicher Politiker“, sagt der Unternehmer. „Er hat nicht nur geredet, sondern auch geliefert.“ Die Türkei brauche politische Stabilität, um zu florieren. Daher befürworte er das Referendum.

Kılıçaslan ist ein Beispiel dafür, dass der türkische Präsident nicht nur unter anatolischen Hinterwäldlern seine Fans hat. Der junge Mann, Einwanderer der dritten Generation, hat in Esslingen sein Abitur gemacht und eine Banklehre absolviert, mittlerweile handelt er mit Immobilien. „Ich sehe meine Zukunft in Deutschland und fühle mich den Menschen hier verbunden“, sagt der Esslinger, der sich selbst als liberal-konservativ bezeichnet. Im deutschen Parteiensystem würde er sich bei der CDU oder FDP sehen.

Von Erdoğan's Vergleichen der Bundesrepublik mit dem Dritten Reich distanzieren er sich. „Das geht gar nicht.“ Wichtiger als Rhetorik sei jedoch, dass sich die Türkei an internationale Absprachen halte, zum Beispiel in der Flüchtlingspolitik.

Und die Menschenrechte? Die verhafteten Beamten und Journalisten? Der Fall des deutschen Journalisten Deniz Yücel? „Ich wünsche ihm ein faires Verfahren“, sagt Kılıçaslan. „Aber ich habe keinerlei Sympathien für ihn, er ist für mich ein Volkverhetzer.“

Solche Statements kommen bei Deutschen und türkischen AKP-Gegnern nicht gut an. Kılıçaslan weiß das. Er ist einer der wenigen, die in deutschen Medien offen Position für den türkischen Staat zu beziehen. In der Talkshow von Maybrit Illner war er schon zu Gast und im Deutschlandradio. Er sagt, er tue es, weil er die Gedankenwelt vieler Deutschtürken erklären wolle.

Danach wird er oft angefeindet. Auf seiner Facebook-Seite bat er deshalb: „Ja – zum Austausch und Kritik! Nein – zu Hetzkampagnen und Gewalt!“ Es gibt nicht viel, was extreme Erdoğan-Gegner und Erdoğan-Fans gemeinsam ha-

ben, im Hass auf die Gegenseite allerdings sind sie einander ähnlich.

Integrationsexperte Caner Aver vom Zentrum für Türkeistudien an der Universität Duisburg-Essen sieht noch eine weitere Gemeinsamkeit, die alle Konfliktparteien eint: „Es gibt ein kollektives Unwohlsein. Alle sehen, dass gerade etwas grundsätzlich falsch läuft.“ Wenn auch aus ganz unterschiedlichen Gründen.

Der Konflikt um das Referendum legt offen, wie sehr manche Türken in Deutschland in ihrem Stolz verletzt sind. Wie sehr einige unter dem Gefühl leiden, sie würden nicht anerkannt. Und dass sie glauben, als Muslim immer in Verteidigungshaltung sein zu müssen. Wenn Außenminister Çavuşoğlu in Hamburg vor die Menge tritt und ruft: „Keiner kann die Verbindung zu euch durchtrennen. Wir sind immer für euch da“, appelliert er an tief sitzende Emotionen und trifft einen Nerv seiner Zuhörer. Welcher deutsche Politiker hat sich ihnen je mit solcher Hingabe zugewandt?

Einer Erhebung im Auftrag der Uni Münster zufolge fühlen sich zwar immerhin 87 Prozent der türkischstämmigen Bürger mit Deutschland eng verbunden. Mehr als die Hälfte der 1200 vor einem Jahr Befragten gab allerdings auch an, dass sie sich wegen ihrer Herkunft als Bürger zweiter Klasse fühlen. 83 Prozent würden dem Satz zustimmen, dass es sie wütend mache, wenn nach einem Terroranschlag als Erstes die Muslime in Verdacht stünden.

Aber es geht nicht nur um Gefühle der Kränkung, zumal die Erfolge türkischstämmiger Migranten in dieser Gesellschaft durchaus Anlass für mehr Selbstbewusstsein wären.

Viele der AKP-Anhänger, auch der jungen, haben trotz aller Integration, trotz Unterricht in Politik und Sozialkunde während der Schulzeit, ein anderes Verständnis von Demokratie.

Wenn ein Volk mehrheitlich entscheide, einer einzigen Partei und einem Staatsoberhaupt sein Vertrauen zu schenken, dann müssten andere Nationen das akzeptieren, schlussfolgern viele. Die Lehren der deutschen Geschichte, der Impuls, bei einer solchen Argumentation an 1933 zu denken, ist nicht bei allen Türkischstämmigen gleichermaßen ausgeprägt.

Eine Gewaltenteilung erscheint ihnen überflüssig, weil sie daran glauben, dass Erdoğan mit seinem Nationalstolz das Beste für die Türkei will. Dazu kommt, dass diejenigen, die hierzulande regierungstreue türkische Sender sehen, die Propaganda kaum mit der Wirklichkeit abgleichen können. Die Schatten der Erdoğan-Herrschaft für die Bevölkerung erleben sie nicht direkt mit, sie sind ja in Deutschland.

An den Krisen der jüngsten Vergangenheit, den Terroranschlägen, der schwächeln-



Unternehmer Kılıçaslan
„Er hat geliefert“

MARC KRAUSE / DER SPIEGEL



Amtskollegen Gabriel, Çavuşoğlu in Berlin: Versuch, den Auftritt zu retten

den Wirtschaft und den bürgerkriegsähnlichen Zuständen im Südosten geben sie Erdoğan keine Schuld. Die sehen sie bei den Zionisten, den USA, den Kurden und bei Europa. Den Vorwurf, die AKP schaffe die Pressefreiheit ab, halten sie für einen Witz. Vielmehr gilt für sie die Tatsache, dass es kein deutsches Medium gibt, das positiv über Erdoğan's Referendum berichtet, als Beleg dafür, dass es in Deutschland ein Problem mit der Meinungsfreiheit gibt.

„Viele haben das Gefühl, es wird mit zweierlei Maß gemessen“, sagt Integrationsexperte Aver. Warum konnte etwa der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders in Dresden auftreten? Aber für türkische Minister, die für eine Abstimmung werben wollen, ist keine Halle aufzutreiben? Es falle vielen Türken schwer, an die deutsche Demokratie zu glauben, wenn sie das Gefühl hätten, die Grundrechte für Versammlungsfreiheit würden nicht für alle gleichermaßen gelten, sagt Aver.

Warum werden islamistische Terrorverdächtige mit aller Härte verfolgt? Und die Anhänger des muslimischen Geistlichen Fethullah Gülen, der angeblich den Putschversuch in der Türkei verantwortet, genießen Schutz? Und was ist mit der kurdischen Arbeiterpartei PKK, die als Terrororganisation in Deutschland eigentlich verboten ist? Warum geht der deutsche Staatsschutz nicht konsequenter gegen extremistische Kurden vor?

Diese Fragen stellt auch der Journalist Polat Karaburan. Vor zwei Jahren hat er die Nachrichtenseite NEX24 gegründet. Er und sein Team berichten über die Türkei – auf Deutsch. Man verstehe sich als „unabhängiges, überparteiliches Medium“, so Karaburan. „Wir berichten lediglich das, was man woanders nicht zu lesen bekommt“, schreibt er in einer E-Mail an den SPIEGEL,

Fragen wollte er nur schriftlich beantworten. Er meint damit positive Meldungen über die Türkei und Erdoğan. „Türkischer Präsident ruft zur Hilfsaktion gegen Hungersnot in Afrika auf“, lautet etwa eine Headline. Viele Türken feiern NEX24 in den sozialen Netzwerken deshalb als einziges Medium, das „wirklich objektiv“ berichte.

Kurden und liberalere Türken sind weniger begeistert. NEX24 produziere nur Fake News und sei von Ankara aus gesteuert, schrieben sie in E-Mails und auf Facebook. „Und das nur, weil wir auch PKK-kritische Berichte veröffentlichten“, schreibt Karaburan.

Zuletzt habe ihm ein Absender, der sich selbst als Kurde bezeichnete, gedroht, er wolle eine Handgranate in Karaburans Galle platzieren. „Und das Feuer auf ihrem brennenden Körper würde ich dann mit meinem Urin löschen.“ Karaburan hat nun Angst.

Den deutschen Sicherheitsbehörden bereitet die PKK-Jugendorganisation Sorgen, genauso wie die ultrarechten „grauen Wölfe“. Die PKK-Jugend hat im Internet zu gewalttätigem Widerstand aufgerufen. Neben den bekannten Vertretern der türkischen Politik von ganz rechts bis ganz links stehen auch türkische Clans und türkische Rockerbanden hierzulande gegeneinander – ein Milieu mit besonders hoher Gewaltbereitschaft.

Verfassungsschutzchef Maaßen warnt vor einem „hohen, schlagkräftigen Gefährdungspotenzial“, sowohl bei Anhängern als auch bei Gegnern Erdoğan's. In den Sicherheitsbehörden denkt man an Straßenschlachten und Ausschreitungen – wie sie schon zwischen PKK-Anhängern und Salafisten anlässlich der Schlacht um Kobane in Syrien im Jahr 2014 stattfanden.

Im März 2016 griffen PKK-Anhänger in Aschaffenburg eine Demonstration natio-

nalistischer Türken an und warfen anschließend Steine auf Polizisten. „Die Situation in der Türkei ist so explosiv – es braucht nicht viel, bis uns das hier um die Ohren fliegt“, sagt ein hochrangiger Nachrichtendienstler. „Dass da Auftritte von AKP-Leuten oder Erdoğan selber hier eher Öl ins Feuer gießen, dürfte auf der Hand liegen.“

In einer Büroetage in Neu-Isenburg bei Frankfurt am Main klickt sich die kurdischstämmige Journalistin Dilan Karacadag am Computer durch das Layout für die Zeitungsseiten von morgen. Es sind viele schlechte Nachrichten, die in der Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“ in türkischer und kurdischer Sprache zu lesen sein werden. Sie handeln von Unterdrückung und Gewalt gegen Oppositionelle in der Türkei. Auch über den Konflikt zwischen Erdoğan-Anhängern und Kurden in Deutschland berichtet die einzige kurdische Zeitung hierzulande, der seit je eine Nähe zur PKK nachgesagt wird. „So schlimm wie jetzt habe ich das noch nie wahrgenommen“, sagt die Journalistin.

Karacadag ist 27 Jahre alt, ein Einwandererkind der dritten Generation. Seit etwa zwei Jahren nutze der ins Präsidentenamt aufgestiegene Erdoğan den Konflikt, um mit harten Angriffen und Kampagnen gegen Kurden seine Anhänger hinter sich zu scharen: „Seitdem ist richtiger Hass entstanden“, sagt Karacadag (siehe auch die Statements von Deutschtürken auf den Seiten 16 und 17).

Es ist ein zerstörerisches Gefühl, das die türkische Community derzeit fest im Griff zu haben scheint: die Kurden und die Türken, die Modernen und die Konservativen, die extremen Rechten und die Linken.

Seit Mürvet Öztürk in Deutschland eine Kampagne gegen das Referendum organisiert, hat sie gelernt, wie dieser Hass aussieht. Aufgebrachte türkische Taxifahrer bezeichneten sie als „Feindin der Türkei“, vor einer Moschee beschimpfte man sie als Kriminelle. Trotzdem klappert sie am Donnerstag um die Mittagszeit türkische Gemüseläden, Friseure, Restaurants und Telefonshops in der Wiesbadener Innenstadt ab.

In ihrer Handtasche hat sie zwei Stapel mit Faltblättern dabei, „Hayır“ steht auf den einen, die deutsche Übersetzung „Nein“ auf den anderen. Sie wolle die Straßen und Säle in Deutschland nicht türkischen Regierungspolitikern und Erdoğan-Fans überlassen, sagt sie. Sie wolle mit den vielen Unentschlossenen ins Gespräch kommen, die es immer noch gebe, und sie wolle alle Gegner der Verfassungsänderung dazu animieren, ab dem 27. März in die Konsulate zu fahren und ihre Stimme abzugeben.

In manchen Geschäften hat Öztürk leichtes Spiel. In einem Friseurladen geben sich drei frisch frisierte junge Männer so-



UPUK UCTA / DER SPIEGEL

DUDU YÜZER, 47, Modedesignerin

„Es ist falsch, die Politik der Türkei hierherzubringen und uns zu instrumentalisieren. Deutschland sollte sich wehren.“



JAN WINDSZLUS / DER SPIEGEL

LUKA SIMAY, 29, Studentin

„Hier für Erdoğan zu kämpfen ist so, als würden Freilandhühner für Käfighaltung stimmen.“



MARCUS SIMAITIS / DER SPIEGEL

ANONYMUS, 39, Angestellter

„Mein Vater will nichts mehr mit mir zu tun haben, weil ich gegen Erdoğan bin. Viele Türken sind vernarrt, es ist Massenhypnose.“



FALK HELLER / ARGUM

GÖNÜL KURT, 45, Anwältin

„Wer dem NSU angeblich zwölf Jahre lang nicht auf die Schliche kam, sollte nicht mit dem Finger auf andere zeigen.“



SERKANO, 31, Künstler

„Die türkischen Wahlen sollten nicht nach Deutschland schwappen. Kunst und Musik sind in Berlin interessanter als Politik.“



SEVGI GÜREZ, Inhaberin einer Patisserie

„Wer Deutschland als Naziland bezeichnet, beleidigt mich mit. Die Türken hier sollten mehr Gesicht zeigen für Demokratie.“

fort als Gegner des Erdoğan-Kurses zu erkennen und posieren mit den „Hayır“-Broschüren in der Hand für ein Erinnerungsfoto mit ihr. In einem türkischen Restaurant will der Besitzer einen Stapel Faltblätter auf den Tresen legen und seinen türkischstämmigen Gästen ans Herz legen.

Die meisten sind vorsichtiger. Er habe auch viele Erdoğan-Anhänger unter seinen Kunden, sagt der Besitzer eines Reisebüros, deshalb halte er sich aus der Diskussion raus. „Das Geschäft geht vor“, meint auch der Mann hinterm Tresen eines türkischen Schmuckladens. Persönlich sei er ohnehin anderer Meinung: Er werde mit Ja stimmen, weil er sicher sei, dass Erdoğan seine Macht nicht missbrauchen werde.

Öztürk, 44, ist fraktionslose Abgeordnete im hessischen Landtag mit Grünen-Parteibuch, sie hat sich vor einigen Wochen mit dem ebenfalls türkischstämmigen hessischen SPD-Landtagsabgeordneten Turgut Yüksel zusammengeschlossen, um eine überparteiliche Nein-Kampagne zu starten. Mehr als 300 aktive Unterstützer haben sie seitdem gefunden, Spenden gesammelt und 80 000 Faltblätter drucken lassen. Etwa 60 bis 70 Prozent der Deutschtürken seien gegen Erdogans Griff zur unkontrollierten Macht, glaubt sie. „Das Problem wird nur sein, dass wir die alle dazu kriegen müssen, an dem Referendum auch teilzunehmen.“

Die Gegenseite hat schon reagiert. Die Erdoğan-nahe Zeitung Sabah veröffentlichte einen Aufruf, man solle den beiden „Verrätern“ gar nicht erst die Türen öffnen.

Der Effekt solcher Propaganda ist mittlerweile in den deutsch-türkischen Alltag gekrochen, auch in das Leben der Berlinerin Filiz Ilhan. Kürzlich war die 41-jährige Anwältin im türkischen Supermarkt und registrierte, dass die Gespräche verstummten, als sie das Geschäft als Frau ohne Kopftuch betrat. Das Personal an der Theke habe sich demonstrativ freundlich der Kundin hinter ihr zugewandt, die ein Kopftuch trug.

Ilhan ist eine selbstbewusste, reflektierte Frau. Man könnte sagen: linksliberales deutsches Bürgertum mit Altbauwohnung in Wilmersdorf und zufällig türkischen Wurzeln. Sie arbeitet in der auf Strafrecht spezialisierten Kanzlei ihres Partners, hat zwei Söhne und mischt sich ein in das öffentliche und politische Leben. Aber mittlerweile ist das nicht mehr so einfach, so selbstverständlich für sie.

Sie sagt, sie lebe jetzt in „einem stillen Land“. Still, weil inzwischen jeder sehr genau seine Worte wägen muss, weil man direkt kategorisiert, bewertet und auch angefeindet wird. Weil der Druck der AKP-Anhänger so groß werde, ziehen sich Andersdenkende immer weiter zurück und werden still. „Wir sind kaum noch zu hören.“ Jeder wäge ab – mit wem spreche

ich noch über was? Es ist ein Unbehagen, das an einen Überwachungsstaat erinnert.

Ilhan vermisst Solidarität aus der deutschen Zivilgesellschaft, etwa dass mehr Menschen mitdemonstrieren, wenn sie am Autokorso für den inhaftierten Journalisten Deniz Yücel teilnimmt. „Es ist ein Fehler zu glauben, Erdoğan sei ein türkisches Problem. Es geht inzwischen alle an.“ Von einem Auftrittsverbot für türkische Politiker hält sie trotzdem nichts.

Damit ist die Berlinerin ganz auf der Linie der Bundeskanzlerin. Angela Merkel versucht sich gegenüber der türkischen Regierung bisher in einer Disziplin, die sie besonders gut beherrscht: kühlen Kopf bewahren. Nicht einmal ignorieren, so könnte man Merkels Reaktion auf die rhetorischen Rüpeleien aus Ankara zusammenfassen. „Solche deplatzierten Äußerungen kann man ernsthaft eigentlich gar nicht kommentieren“, sagte sie zu Erdoğan's Nazi-Beschimpfung.

Im vergangenen Jahr litten die deutsch-türkischen Beziehungen, weil der Bundes-tag eine Resolution zum Völkermord an den Armeniern verabschiedete, die Türken beschwerten sich zudem über mangelnde Anteilnahme nach dem Putschversuch vom vergangenen Sommer. Seitdem tut die Bundesregierung alles, um Erdoğan keinerlei Vorwand mehr zu liefern, sich gegen Deutschland profilieren zu können. Konflikte versucht Merkel hinter verschlossenen Türen zu lösen.

Erdoğan kann das nicht recht sein. Er weiß, dass ihm jede scharfe Kritik Merkels mehr deutsch-türkische Anhänger in die Arme treibt. Deshalb auch sein Eifer, solche Reaktionen zu provozieren.

Yücel, der Korrespondent der „Welt“, sitzt noch immer in Haft, obwohl Präsident Erdoğan bei einem persönlichen Treffen mit der Kanzlerin Anfang Februar den Eindruck vermittelt hatte, dass sich der Fall auf dem Verhandlungswege lösen lasse. Am vorletzten Freitag allerdings bezeichnete der Präsident den Journalisten als „deutschen Agenten“ und „Vertreter der PKK“.

Auch für die gescheiterten Wahlkampfauftritte türkischer Minister in Deutschland macht Ankara die Bundesregierung verantwortlich. Dabei hatten sich gerade Merkel und Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) dafür ausgesprochen, dass solche Veranstaltungen stattfinden.

Die Kanzlerin und ihr Vize hätten es gern gesehen, wenn zumindest einer der geplanten Auftritte genehmigt worden wäre. Nach den Absagen von Gaggenau



Berlinerin Ilhan
Deutsches Bürgertum

JAN WINDSZUS / DER SPIEGEL



Hessische Abgeordnete Özürk: Mit den Unentschlossenen ins Gespräch kommen

MARC KRAUSE / DER SPIEGEL

und Köln-Porz versuchte das Auswärtige Amt sogar, den Auftritt des türkischen Außenministers Çavuşoğlu in Hamburg zu retten. Als das Bezirksamt den ursprünglich gebuchten Saal im Stadtteil Wilhelmsburg wegen mangelnden Brandschutzes sperrte, riefen Gabriels Beamte im Hamburger Rathaus an, um sich zu erkundigen, ob man für den türkischen Außenminister nicht einen anderen Veranstaltungsort finden könne – ohne Erfolg.

Wie stark das Vertrauen gelitten hat, zeigte sich beim Frühstück der beiden Außenminister am Mittwochmorgen im Berliner Hotel Adlon. Çavuşoğlu gab sich überzeugt, dass die Bundesregierung in Absprache mit Geheimdiensten und Kommunalverwaltungen die Auftritte verhindern habe. Gabriel vermochte es in dem eineinviertel Stunden dauernden Gespräch nicht, seinen Amtskollegen vom Gegenteil zu überzeugen.

Immerhin, eine Liste weiterer geplanter Auftritte reichte die türkische Regierung mittlerweile in Berlin ein. Ob Erdoğan persönlich nach Deutschland kommt, ist noch unklar. Auf der Liste steht er nicht, aber im Auswärtigen Amt geht man fest davon aus, dass der türkische Staatspräsident anreisen wird.

In Deutschland dürfen rund 1,4 Millionen Türken ihre Stimme abgeben. Zwischen dem 27. März und 9. April werden die Wahllokale an 13 verschiedenen Orten in Deutschland geöffnet sein. Eine Briefwahl sieht das türkische Recht nicht vor. Bei den Parlamentswahlen 2015 unterstützten fast 60 Prozent der

Wähler die AKP. Umfragen dazu, ob Erdoğan seitdem in Deutschland beliebter oder unbeliebter geworden ist, gibt es nicht.

Gleichzeitig müssen die Deutschen mit einem weiteren diplomatisch heiklen Thema hantieren: der steigenden Zahl der Asylanträge von Türken. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) lässt sich für diese Fälle zwar lange Zeit, 16 Monate im Moment, aber irgendwann wird die Behörde über jene Schutzbegehren entscheiden müssen, die nach dem Putschversuch vom Juli 2016 gestellt wurden. Sollten die Gesuche anerkannt werden, würde die Erdoğan-Regierung wohl toben, sie hat von Deutschland die Auslieferung angeblicher Gülenisten verlangt, die sie für den Putschversuch verantwortlich macht.

Zahlreiche Anträge dürften indes gute Chancen haben. In einem vertraulichen Bericht über die „asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Republik Türkei“ von Ende Februar zeichnet das Auswärtige Amt ein düsteres Bild. „Aktuell gibt es deutliche Anhaltspunkte für eine systematische Verfolgung vermeintlicher Anhänger der Gülen-Bewegung, ohne dass es Kriterien dafür gäbe, was einen ‚Anhänger‘ kennzeichnet“, heißt es in dem Bericht. Dieser bildet eine wichtige Grundlage für die Entscheidungen des Bamf.

Seit dem Putsch stellen Monat für Monat mehr als 500 Türken einen Antrag auf Asyl in Deutschland, darunter auch Diplomaten und Soldaten, erst in dieser Woche berichtete das Bundesinnenministerium von vier weiteren ranghohen türkischen Militärs mit Diplomatenstatus.

Außenminister Gabriel weist darauf hin, dass Ankara selbst zu Zeiten der Militärdiktatur in den Achtzigerjahren Mitglied der Nato bleiben durfte. Türkische Wirt-

„Klare Sprache“

Integration CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen, 51, fordert eine deutliche Antwort an Erdoğan.

schaftsinteressen und europäische Sicherheitsinteressen sprächen dagegen, das Verhältnis aufs Spiel zu setzen.

Bleibt die Frage, ob vor allem zwischen Merkel und Erdoğan bereits zu viel Vertrauen verloren gegangen ist. Die beiden mochten sich von Anfang an nicht. Erdoğan, erzählt ein türkischer Regierungspolitiker, habe bis heute nicht vergessen, dass Merkel, noch bevor sie Kanzlerin wurde, Stimmung gegen den EU-Beitritt gemacht hat. Der gescheiterte Beitritt wird von vielen Türken als Zurückweisung empfunden, als kollektive Kränkung eines ganzen Volkes. Emotionen, die Erdoğan nun in die Hände spielen.

Viele Integrationsexperten halten Merckels Kurs für grundsätzlich richtig. Erdoğan stilisiere sich gern als Opfer, sagt Ahmet Toprak, Dekan an der Fachhochschule Dortmund, darin müsse man ihn nicht auch noch bestärken. Aber für das innerdeutsche Klima sei es nun wichtig, auch mithilfe der Kanzlerin, das „Wir-ihr-Denken“ zu überwinden.

Detlef Pollack von der Universität Münster sieht das ähnlich. „Die große Leistung der Zivilgesellschaft ist es, dass man miteinander klarkommt, auch wenn man teils unvereinbare Positionen hat“, sagt der Religionssoziologe. Das falle manchen Türken nicht leicht, weil sie den Umgang mit Selbstkritik und Vielfalt nie gelernt hätten. Pollack sieht die Mehrheitsgesellschaft dennoch in der Pflicht, einen Schritt auf die türkische Gemeinschaft zuzugehen, sie sei in der Rolle des Stärkeren. „Selbstverständlich muss man die Menschen kritisieren dürfen, aber man sollte ihnen auch ein gewisses Maß an Verständnis und Empathie zeigen, wenn es um ihre starke Bindung zur Türkei geht.“

In Hamburg steigt der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu am Dienstagabend vergangener Woche in seine Limousine und lässt seine jubelnden Anhänger zurück. Drei junge Männer stehen in der Kälte vor der Residenz des Generalkonsuls und diskutieren noch. „Es ist nicht fair, wie die Deutschen uns behandeln“, sagt einer von ihnen. „Wenn man für Erdoğan ist, hat man keine Chance mehr, akzeptiert zu werden.“ Sein Freund pflichtet ihm bei. Früher habe er sich mit seinen deutschen Arbeitskollegen gut verstanden. Das sei jetzt vorbei: „Mit einem Türken, der Erdoğan wählt, will keiner mehr Mittagessen gehen.“

Laura Backes, Matthias Bartsch, Anna Clauß, Markus Deggerich, Jörg Diehl, Katrin Elger, Jan Friedmann, Hubert Gude, Martin Knobbe, Martin Pfaffenweller, Fidelius Schmid, Nico Schmidt, Christoph Schult, Wolf Wiedmann-Schmidt

SPIEGEL: Herr Röttgen, türkische Regierungsmitglieder machen in Deutschland Werbung für das Verfassungsreferendum, das Präsident Recep Tayyip Erdoğan im April nahezu uneingeschränkte Macht sichern soll. Wie sollte die deutsche Politik auf diese Auftritte reagieren?

Röttgen: Wir sollten der Türkei klar sagen, dass wir nicht wollen, dass der türkische Wahlkampf bei uns stattfindet. Es ist inakzeptabel, dass die Türkei ihre innenpolitischen Konflikte in einem anderen Land austrägt. Das widerspricht auch der üblichen Praxis zwischen Staaten.



Unionspolitiker Röttgen

„Das Optionsmodell ist sinnvoller“

SPIEGEL: Die Bundesregierung will die Auftritte aber gestatten und beruft sich darauf, dass Deutschland ein liberales Land mit Rede- und Versammlungsfreiheit ist.

Röttgen: Ich sehe das anders. Ausländische Hoheitsträger werden nicht zu Privatbürgern, wenn sie die Grenze überschreiten. Im Klartext heißt das, dass ein türkischer Politiker in Deutschland nicht einfach so tun kann, als würde er sein verfassungsmäßig verbrieftes Recht auf freie Meinungsäußerung ausüben.

SPIEGEL: Die Meinungsfreiheit gilt also nur eingeschränkt?

Röttgen: Nein, wir haben in Deutschland kein Problem mit der Meinungsfreiheit. Es gibt neben der rechtlichen auch eine politische Dimension: Bei der Wahlkampagne der türkischen Regierung geht es um ein machtpolitisches Projekt, mit dem Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei ausgehebelt werden sollen. Wir soll-

ten klar sagen: Dafür steht Deutschland nicht zur Verfügung.

SPIEGEL: Dann müssten Sie doch konsequenterweise dafür plädieren, einen Auftritt Erdoğans in Deutschland zu verbieten.

Röttgen: Wenn die Bundesregierung die Einreise türkischer Regierungsmitglieder verbieten würde, würde das die Beziehungen zur Türkei auf den Nullpunkt bringen. Das wäre nicht in unserem Interesse. Wir müssen also eine klare Sprache mit klugem Verhalten verbinden. Ich räume aber ein, dass da eine gewisse Spannung besteht.

SPIEGEL: Die türkischen Politiker, die hier waren, haben sich jedenfalls ebenso wenig wie Erdoğan selbst von Provokationen abhalten lassen.

Röttgen: Die Provokationen sind Teil einer Kampagne, um Wähler zu mobilisieren. Darauf sollten wir schon deshalb nicht eingehen, weil es Erdoğan in die Hände spielen würde.

SPIEGEL: Was sagt es über den Erfolg der Integration in Deutschland aus, wenn es so leicht ist, die innertürkischen Konflikte hier zu schüren?

Röttgen: Das ist eine berechtigte Frage. Die Kampagne der türkischen Regierung trägt jedenfalls zur Entfremdung zwischen den in Deutschland lebenden Türken und anderen Bürgern bei. Der Stand der Integration ist offenbar deutlich schwächer, als viele bisher angenommen haben. Das gehört zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme dieses Konflikts leider dazu.

SPIEGEL: Gibt diese Entwicklung nicht den Kritikern einer doppelten Staatsbürgerschaft recht? Die warnen ja davor, dass es Loyalitätskonflikte geben könnte.

Röttgen: Die Argumente gegen die doppelte Staatsbürgerschaft sind noch einmal deutlicher und sichtbarer geworden.

SPIEGEL: Und welche Konsequenz ziehen Sie daraus?

Röttgen: Die doppelte Staatsbürgerschaft hat sich nicht bewährt. Ich halte das Optionsmodell für sinnvoller, wonach in Deutschland geborene Kinder von Migranten sich zunächst nicht für eine Nationalität entscheiden müssen. Mit 21 Jahren müssen sie dann allerdings sagen, welche Staatsangehörigkeit sie haben wollen.

Interview: Ralf Neukirch



Video:

Wut und Wahlkampf

spiegel.de/sp112017tuerkei
oder in der App DER SPIEGEL